

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

<i>Gerte Reichelt, Walter H. Rechberger</i>	V
---	---

Grußwort

<i>Georg Kathrein</i>	VII
-----------------------------	-----

Autorenverzeichnis	IX
---------------------------------	----

Inhaltsverzeichnis	XI
---------------------------------	----

Die geplante Europäische Erbrechtsrechtsverordnung

<i>Reinhold Geimer</i>	1
A. Tous les hommes sont mortels	1
B. Entscheidungsdisharmonie in Europa de legibus latis	4
C. EU-Kommission für »Große Lösung«	6
D. Internationales Kompetenzrecht	10
E. Internationales Anerkennungsrecht	13
F. Europäisches Nachlasszeugnis	15
G. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers	17
H. Errichtungsstatut für Verfügungen von Todes wegen	18
I. Beschränkte Rechtswahlmöglichkeit	19
J. Zu weiter Regelungsbereich des Erbstatuts	21
K. Was bringt die »Opferung« des Heimatstaatprinzips?	24

Zur Reichweite des Erbstatuts

<i>Erik Jayme</i>	27
A. Einführung: Das Gesamtstatut	27
B. Abgrenzungsfragen zu anderen Statuten	30
I. Lex rei sitae	30
II. Mehrrechtsstaaten	31
III. Erbgang	32
IV. Ehegüterrecht	33
C. Einzelfragen	34

I.	Die Erbwürdigkeit	35
II.	Testierfähigkeit	36
III.	Errichtungsstatut	37
IV.	Vorfragen	38
D.	Schlussbetrachtung	39

Objektive Anknüpfung des Erbstatuts

<i>Lajos Vékás</i>	41
A. Einführung	41
B. Nachlassseinheit	42
I. Argumente für die Nachlassseinheit	42
II. Teilrechtswahl?	45
III. Renvoi	45
IV. Ausnahme: Belegenheitsrecht	47
V. Berücksichtigung besonderer Erbfolgeregeln	48
VI. Weitere Ausnahmen	50
C. Objektive Anknüpfung	51
I. Abschied vom Staatsangehörigkeitsprinzip	51
II. Gewöhnlicher Aufenthalt	52
III. Universalität der Regelanknüpfung?	54
D. Zusammenfassung	56

Die Rechtswahlfreiheit im künftigen internationalen Erbrecht der Europäischen Union

<i>Anatol Dutta</i>	57
A. Ein Stolperstein im europäischen Erbrechtsprojekt	57
B. Mehr Rechtswahlfreiheit für den Erblasser wagen?	60
I. Das Interesse des Erblassers an Rechtssicherheit und Stabilität	61
II. Die Rechtswahlfreiheit als Baustein eines liberalen Kollisionsrechts	66
III. Entgegenstehende Interessen der Familienmitglieder?	67
C. Der Kreis der vom Erblasser wählbaren Rechte	70
I. Recht der Staatsangehörigkeit und des gewöhnlichen Aufenthalts	71
II. Güterstatut des Erblassers	72
III. Belegenheitsrecht für unbeweglichen Nachlass	74
D. Ausgestaltung der Rechtswahlfreiheit	74

E. Folgefragen	79
I. Gemeinsame Rechtswahl mehrerer Erblasser	79
II. Rechtswahlfreiheit auch für die Erben?	80
III. Rechtswahlfreiheit = Gerichtsstandswahlfreiheit?	81
F. Ergebnisse	83

Der Verordnungsvorschlag aus österreichischer Sicht

<i>Thomas Traar</i>	85
A. Allgemeines	85
B. Übersicht	85
C. Abgrenzung der VO vom Sachenrecht	86
I. Übersicht über die Regelungen in der VO	86
II. Die aktuelle österr Rechtslage	87
III. Analyse und Einschätzung der einschlägigen Bestimmungen der VO	88
1. Allgemein	88
2. Ausnahme der Register (Art. 1 Abs. 3 lit. j, 9, 20a, 21 Abs. 1 und 42 Abs. 5)	89
a. Übersicht	89
b. Voraussetzungen der Registereintragungen	90
c. Nachlasszugehörigkeit und Vorlage der Titelkette	91
d. Damnations- oder Vindikationslegat	91
e. Erteilung	91
f. Außerbücherliche Gesamtrechtsnachfolge	92
3. Art. 9, 20a und die Einantwortung	93
D. Reichweite der Internationalen Zuständigkeit	96
I. Aktuelle österr Rechtslage	96
II. Regelungen in der VO	96
III. Mögliche Probleme und Lösungen	96
E. Gewöhnlicher Aufenthalt als alleiniger Anknüpfungspunkt für das anzuwendende Recht	98
I. Regelung in der VO	98
II. Mögliche daraus resultierende Probleme	98
III. Mögliche Lösung	100
F. Erfassung der Notare, die nicht als Gerichtsorgane tätig werden, durch die VO deren Verhältnis zu Gerichten bzw. Gerichtsverfahren und Entscheidungen Anerkennung öffentlicher Urkunden	101

I.	Definitionen Anwendungsbereich der Kapitel II und IV	101
II.	Mögliche Probleme, wenn das Kapitel II nicht für Notare gilt	102
III.	Mögliche Lösungen	102
IV.	Anerkennung öffentlicher Urkunden	103
	1. Regelung in der VO	103
	2. Mögliche daraus resultierende Probleme bzw. Einwände dagegen	104
	3. Mögliche Lösungen	105
G.	Zusammenfassung	106

Die künftige Erbrechtsverordnung der Europäischen Union und die Staatsverträge mit Drittstaaten

<i>Christian Kohler</i>	109	
A.	Einleitung	109
B.	Ausgangslage	110
C.	Bestehende Staatsverträge mit erbrechtlichen Kollisionsnormen	111
	I. Notwendigkeit der Auswahl. Deren Repräsentativität	111
	II. Typologie der staatsvertraglichen Regelungen	113
D.	Spannungen und Konflikte im Verhältnis zu der vorgeschlagenen Verordnung	116
	I. Praktische Auswirkungen der Divergenzen auf der Grundlage des VO-V	116
	II. Potential für ein forum shopping?	118
E.	Beseitigung von »Unvereinbarkeiten« oder Duldung von Sonderwegen?	119
	I. Zum Begriff der Unvereinbarkeit in Art. 351 Abs. 2 AEUV	119
	II. Übertragung der Rechtsprechung zu Art. 351 Abs. 2 AEUV auf die Altabkommen zum internationalen Privat- und Verfahrensrecht? Sektorspezifische Differenzierungen und neue Flexibilität	120
	III. Duldung von Sonderregelungen in erbrechtlichen Altabkommen	123
F.	Revision der Altabkommen: Hegemonialer Gleichklang oder neuer Bilateralismus?	125